

Kommunal – Information

01.12.2011

**kommunalpolitisches forum
Sachsen-Anhalt e.V**

www.kf-lsa.de

[Mitglied werden](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

Inhalt

1. Themen

1.1 Daseinsvorsorge

1.2 Kommunen und Finanzkrise

1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

1.4 Verschiedenes

2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

3. Veranstaltungen

4. Veröffentlichungen

1.1 Daseinsvorsorge

[Kommunalwirtschaft beliebt wie nie](#)

BürgerInnen und Unternehmen wollen eine zuverlässige und flächendeckende Ver- und Entsorgung, so Weil, Präsident des VKU und SPD-OB der Stadt Hannover [in einer Pressemitteilung des VKU](#). „Das gilt für Strom und Gas genauso wie für Wasser/Abwasser oder Abfall. Ohne die krisenfeste Bereitstellung solcher Infrastrukturdienstleistungen wäre der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht so stark. Die kommunalen Strukturen haben sich bewährt, auch weil sie keiner Gewinnmaximierung unterliegen.“

[Ausmaß der Wohnungslosigkeit zwischen 2008 und 2010 dramatisch gestiegen](#)

Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W), der Dachverband der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, sieht einen deutlichen Anstieg der Wohnungslosigkeit in Deutschland. 2010 betrug die Zahl dieser Wohnungsnotfälle insgesamt ca. 354.000 (2008: 330.000). Davon gehörten ca. 248.000 (2008: 227.000) zu den Wohnungslosen und ca. 106.000 (2008: 103.000) zu den von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen. Weitere Zahlen und Hintergrundinformationen zu den Themen:

„Gesundheitsversorgung wohnungsloser und armer Patienten“ sowie „Besondere Problemlagen bei U-25-Jährigen“ sind zu finden unter: <http://www.bagw.de/index2.html>

Bürgerentscheid in Dresden gegen die Privatisierung von Krankenhäusern

Am 6. Oktober 2011 hat sich in Dresden das "Bündnis für Krankenhäuser" gegründet, weil die Stadtverwaltung Dresden ihr lange geplantes Vorhaben der Krankenhausprivatisierung nun in die Tat umsetzen will. Das Ziel des Bündnisses ist der Erhalt der städtischen Krankenhäuser Dresden-Neustadt und Dresden-Friedrichstadt als wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge für die Dresdnerinnen und Dresdner. Ein vom Bündnis initiiertes Bürgerbegehren wurde nun für zulässig erklärt.

<http://bündnis-für-krankenhäuser.de/>

1.2 Kommunen und Finanzkrise

Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Stärkung der Finanzkraft der Kommunen“

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung abgelehnt. In dem [Entschließungsantrag](#) und in den Debatten haben Katrin Kunert und Axel Troost die Position der Fraktion dargelegt.

1. Lesung [Seite 15481ff.](#)

2. und 3. Lesung [Seite 16188ff.](#)

DStGB: Ergebnisse der November-Steuerschätzung für die Jahre 2011 bis 2016

Nach den aktuellen Ergebnissen der November-Steuerschätzung werden die Steuereinnahmen in den Jahren 2011 bis 2015 um insgesamt +39,5 Mrd. Euro höher ausfallen als noch im Mai 2011 angenommen; das Jahr 2016 wurde erstmals in die Schätzung einbezogen. Auf die Gemeinden entfallen davon Steuermehreinnahmen von +3,1 Mrd. Euro. Die Steuerschätzer erwarten, dass die [Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden](#) im Jahr 2012 mit 80,1 Mrd. Euro das Niveau des Jahres 2008 überschreiten werden.

Weiterhin angespannte Gesamtsituation der Kreisfinanzen

Die neueste Ausgabe der Zeitschrift „Der Landkreis“ befasst sich schwerpunktmäßig mit den Kreisfinanzen 2010/2011. Wichtige Informationen hierzu sind auch unter der Rubrik „Themen/Kreisfinanzen“ auf den Internetseiten des Landkreistages zu finden.

www.landkreistag.de

1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

Weisungsrecht des Rates einer Stadt gegenüber seinen VertreterInnen im Aufsichtsrat eines kommunalen Versorgungsbetriebs

Kommunale Gremien können gegenüber ihren VertreterInnen in einem fakultativ errichteten Aufsichtsrat eines Versorgungsunternehmens, das als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert ist und an dem die Kommune eine Mehrheitsbeteiligung hält, auch dann weisungsbefugt sein, wenn dies im Gesellschaftsvertrag nicht explizit verankert ist. [Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden.](#)

Entscheidung SG Köln zur Antragstellung

Harald Thomé [verweist auf ein Urteil](#) mit dem klargestellt wird, dass ein Antrag auf ALG I als Antrag auf ALG II auszulegen ist. Für die Betroffenen kann es bedeuten, dass ihnen rückwirkend Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II zu gewähren sind. Interessant ist auch, dass „die Ausführungen auf Seite 70 des Merkblattes für Arbeitslosengeld nach dem SGB III die Anforderungen, die an eine nach § 16 Abs. 3 SGB I gebotene konkrete und individuelle Beratung zu stellen sind, nach Auffassung der Kammer nicht (erfüllen).“ Darauf sollte man Betroffene unbedingt hinweisen.

Über- und unterversorgte ärztliche Planungsbereiche in Verbindung mit der Relation Ärzte/Ärztinnen zur Bevölkerung

Ziel der [Anfrage der Grünen](#) ist es, zu klären, ob es bei allgemeinen und Fachärzten regionale Ungleichverteilungen gibt. Der Antwort der Bundesregierung kann man den jeweiligen Versorgungsgrad in den jeweiligen Regionen entnehmen.

1.4 Verschiedenes

Ist Politik unattraktiv?

In vielen Gemeinden in der Kieler Umgebung sind viele, vor allem ältere, Mandatsträger besorgt um das Fehlen des Nachwuchses. Insbesondere die kleinen Parteien leiden darunter, wenn sich die älteren Mandatsträger ... ➔[mehr](#)

Die Linke fordert kommunale Nachnutzung von Bundeswehrstandorten

Die im Zuge der Bundeswehrreform aufgegebenen Standorte der Bundeswehr sollen nach dem Willen der Fraktion Die Linke kommunal genutzt werden. Die Fraktion fordert die ... ➔[mehr](#)

Organisation und Finanzierung der Tourismusförderung in Landkreisen: Erfolgsfaktoren – Strategien – gute Beispiele

[Grundlage des Leitfadens](#) bildet eine Befragung der 301 Landkreise, an der 73% teilgenommen haben. Der Leitfaden beleuchtet, welche erfolgversprechenden regionalen Strukturen im Tourismusmanagement und –marketing bestehen bzw. erforderlich sind und welche Rolle die Landkreise hierbei spielen. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie die Landkreise zukünftig mit weniger finanziellen Ressourcen für die Tourismusförderung wirksam agieren können und welche Strukturen empfehlenswert sind.

Herausforderung Breitband Gute Beispiele aus den Landkreisen

http://www.kreise.de/_cms1/images/stories/publikationen/bd-97.pdf

2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

- **Hans-Jörg Krause zur Veräußerung des Landesweingutes und Landgestüts**
Mit dem vorliegenden Antrag möchten wir die Landesregierung auffordern, ihren Beschluss zum Verkauf des Landesweingutes und des Landgestüts Prussendorf zurückzunehmen. Für unsere Fraktion erschließt sich auf Grund der vorliegenden... **MEHR**
- **Dr. Angelika Klein zu den Auswirkungen der Steuerüberschätzung der Landesregierung und der Steuersenkungsversprechen der Bundesregierung auf den Landeshaushalt 2012/2013**
Die Landesregierung hat sich verschätzt. Als Haushaltspolitikerin gestehe ich zu, dass kann vorkommen. Allerdings kommt es darauf an, welche Schlussfolgerungen man daraus zieht. Und da liegen uns ganz eigentümliche Aussagen vor.... **MEHR**
- **Dr. Angelika Klein zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2010/2011 und des Gesetzes über das Vermögen „Altlastensanierung Sachsen-Anhalt“ (Nachtragshaushaltsgesetz 2011)**
Jährlich werden mehrere hundert kleine Anfragen, sowohl mündlich als auch schriftlich gestellt. Aber selten haben kleine Anfragen schon im Vorfeld eine solche Resonanz, dass sie letztendlich gar nicht mehr gestellt werden müssen,... **MEHR**
- **Dr. Helga Paschke die Qualifikation des Personalentwicklungskonzepts zum Personalmanagementkonzept**
Als ich vor einigen Wochen mit Beschäftigten aus den Reihen der MitarbeiterInnenvertretung über das neue Personalentwicklungskonzept (PEK) sprach, sagte einer: "Ich schaue da zwar rein, aber schon lange nicht mehr durch, keine... **MEHR**
- **Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung**
Der Landtag verabschiedete das Gesetz ohne Debatte, dass die gesetzlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung wiederherstellt, wie sie bis 2002 hinsichtlich der **einfachen Subsidiaritätsklausel** galten. Ziel des Gesetzes ist die **Stärkung der Kommunen als wirtschaftliche Akteure**. Die verschärfte Subsidiaritätsklausel im kommunalen Wirtschaftsrecht wurde durch die CDU/FDP-Koalition mit dem Zweiten Investitionsbeschleunigungsgesetz (2003) durchgesetzt, erwies sich jedoch als ungeeignet und schränkte die wirtschaftlichen Potenziale in den Kommunen überdurchschnittlich ein.

Gerald Grünert (MdL) betonte bereits während der Landtagssitzung **im September** die Bedeutung des Gesetzes vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, der langfristigen Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit und der Gewährleistung des Zugangs zu Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten für alle Einwohner(innen). Zugleich machte er deutlich, dass DIE LINKE bei der im Koalitionsvertrag angekündigten größeren Novelle der Gemeindeordnung weitergehende Veränderungen im kommunalen Wirtschaftsrecht einfördern werde. Dazu zählt u.a. im Bereich der Telekommunikation, den Kommunen beim Ausbau eines schnelleren Internets bessere Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt**

Bei den auszureichenden Zuweisungen zur Finanzierung von Rabatten auf Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs (vgl. § 9 Abs. 1 Satz 1 ÖPNVG LSA) kam es zu Berechnungsfehlern. Im Falle eines Unternehmens wurden Verkehrsleistungen im Ausbildungsverkehr bei fünf Linien, welche sich 2009 auf das Gebiet des Landkreises Wittenberg erstreckten, in der Berechnung der Stadt Dessau- Roßlau zugeordnet, so dass eine Falschberechnung der Anteile dieser Aufgabenträger nach § 9 Abs. 1 Satz 2 ÖPNVG LSA die Folge war. Dieser Fehler soll durch die vorgeschlagene Gesetzesänderung (Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drs. 6/498) zum 01.12.2012 geheilt werden. Die Neuberechnung der Anteile der Aufgabenträger ergibt eine Erhöhung des Anteils des Landkreises Wittenberg und eine Reduzierung des Anteils der Stadt Dessau-Roßlau. Andere Aufgabenträger sind von der Änderung nicht betroffen.

Für **DIE LINKE** sprach der Abgeordnete **Frank Hoffmann (MdL)** als verkehrspolitischer Sprecher, der die Korrektur des o.g. Fehlers im Namen der Fraktion begrüßte. Im Ergebnis der Debatte wurde der Gesetzesentwurf in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr überwiesen.

3. Veranstaltungen

05. DEZEMBER 2011 BIS 06. DEZEMBER 2011 Berlin

Erzieherische Hilfen und Jugendsozialarbeit – Kann die Kinder- und Jugendhilfe soziale Teilhabe junger Menschen sichern?

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge [Link](#)

07. DEZEMBER 2011 BIS 09. DEZEMBER 2011 Hannover

Kongress „Rio+20 - Nachhaltig vor Ort!“

Stadt und Region Hannover, BMUNR, Umweltbundesamt, Netzwerk 21 Kongress [Link](#)

12. DEZEMBER 2011 BIS 13. DEZEMBER 2011 Bonn

Kommunale Anpassungsstrategien an den Klimawandel

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz [Link](#)

10. JANUAR 2012 Berlin

Zurück zur öffentlichen Hand – Chancen und Risiken der Rekommunalisierung

DGB [Link](#)

4. Veröffentlichungen

- Der Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand“ zahlreiche PPP-Projekte ausgewertet und kam zu ganz gegenteiligen Ergebnissen als die PPP-Befürworter. Seine Bedenken hat der Verein der [Broschüre 'Handreichung PPP'](#) zusammengefasst. Interessierten KommunalpolitikerInnen und anderen BürgerInnen ist sie unbedingt zu empfehlen.

- Wilhelm Hofmann - Stadt als Erfahrungsraum der Politik. Beiträge zur kulturellen Konstruktion urbaner Politik**
LIT Verlag, 2011, ISBN: 978-3-643-10734-3

Kurzbeschreibung: Städte und urbane Regionen gewinnen als politische Handlungsräume unter den Bedingungen der Globalisierung zunehmend an Bedeutung. Der Sammelband, der auf eine gleichnamige Tagung des AK Politik und Kultur der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zurückgeht, bietet exemplarische Analysen der kulturellen Konstruktion von Städten als politische Handlungsräume und zeigt damit, dass die Stadt als Raum und Rahmen der Politik immer auch eine mediale Projektion politischer Ideen darstellt.
- Andrej Holm, Klaus Lederer und Matthias Naumann (Hrsg.) - Linke Metropolenpolitik. Bilanz und Perspektiven am Beispiel Berlin**
Verlag Westfälisches Dampfboot, 2011, ISBN: 978-3-89691-881-9

Kurzbeschreibung: Neoliberale Politik hat weltweit dazu beigetragen, Städte in Orte der Konkurrenz, der Ausgrenzung und Benachteiligung zu verwandeln. Zugleich ist die Stadt als Gegenstand und Arena ins Zentrum politischer und sozialer Bewegungen, aber auch als Thema der kritischen Sozialwissenschaften zurückgekehrt. Protestmobilisierungen, linke Parteien und kritische Wissenschaft stehen dabei gleichermaßen vor der Herausforderung, grundlegende wie auch konkrete Alternativen für eine sozial orientierte Stadtpolitik neu zu formulieren. Linke Regierungsmehrheiten allein sind dabei keine Garantien für eine linke Metropolenpolitik. Am Beispiel der seit 2002 von einer rot-roten Koalition regierten Stadt Berlin sollen die Erfahrungen, Perspektiven und Grenzen einer linken Stadtpolitik bilanziert werden. Ausgehend von einer kritischen Bilanz der Berliner Stadtentwicklung werden Utopien für eine linke Stadtpolitik umrissen und Forderungen für Reformprojekte skizziert.
- „Wohnen wie gewohnt“**

Städte- und Wohnungsbau müsse sich dem demografischen Wandel stellen, um auf die Bedürfnisse der wachsenden älteren Generation eingehen zu können. Selbstbestimmtheit, Sicherheit und ein normales Lebensumfeld bis ins hohe Alter sind die Wünsche der meisten Menschen. Mit ihren „Lebensräumen für Jung und Alt“ hat die [Altenhilfe der Stiftung Liebenau](#) ein Modell entwickelt, das auf diese Bedürfnisse eingeht.

Eine Vielfalt weiterer Beispiele bietet die [CD-Dokumentation](#) zur Fachtagung „Wohnen wie gewohnt“ am 24./25. März in Berlin

Das Buch zur Tagung „Eckpunkte und Praxisbeispiele zu vielfältigen Wohnformen für das Alter“ gibt es über www.carikauf.de (Material-Nummer 2663)
- Prof. Kunibert Wachten, Michael Kloos und Thomas Knüvener - Freiraum auf Zeit**

Kurzbeschreibung: In vielen Städten und Gemeinden haben ökonomische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu einer veränderten Wahrnehmung und Aneignung von brachliegenden und mindergenutzten Flächen geführt. Es wird daher eine zentrale Aufgabe der Stadt- und Ortsentwicklung sein, mit vergleichsweise geringen öffentlichen Mitteln eine „kreative“ Re-Aktivierung dieser Flächen jenseits gängiger immobilienwirtschaftlicher Verwertungsmuster anzustoßen. [Das Forschungsprojekt "Freiraum auf Zeit" \(verfasst von am Institut für Gartenkunst und Landschaftskultur für das Ministerium für Bauen und Verkehr NRW\)](#) hat untersucht, in welchen Situationen die Umsetzung temporärer Nutzungskonzepte in Stadtbau und Stadtentwicklung sinnvoll und welche Schritte hierzu erforderlich sind.
- Blaschke, Ulrich - Lärminderungsplanung. Der Schutz vor Umgebungslärm durch Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung**
Verlag Duncker & Humblot GmbH, 2010, ISBN: 978-3-428-13239-3

Kurzbeschreibung: Der Verfasser stellt das Verfahren der Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung umfassend dar. Nach einer Einführung in das deutsche Lärmschutzrecht liegt der Schwerpunkt auf den rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten, die sich beim Vollzug des BImSchG stellen. Die Auslösung der Kartierungs- und Planungspflichten, die Einstufung als Planung im Rechtssinne, die Festsetzung von Maßnahmen und deren Bindungswirkung stehen im Mittelpunkt. Verfassungsrechtliche Streitfragen (z. B. zur

Zuständigkeit der Kommunen oder zu Besonderheiten im Bahnbereich) und europarechtliche Hintergründe werden erläutert.